Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Präsidentin des Deutschen Bundestages
Frau Julia Klöckner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10117 Berlin

TEL (030) 18 580-9010
E-MAIL buero-pst@bmj.bund.de

1. September 2025

Betreff: Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Sascha Lensing, Knuth Meyer-Soltau u. a. und der Fraktion der AfD
„Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Geldsanktionen“
(Bundestagsdrucksache 21/1255)

Anlage.: - 1 -

Als Anlage übersende ich die Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Kleine Anfrage.

Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Sascha Lensing, Knuth Meyer-Soltau u. a. und der Fraktion der AfD

Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Geldsanktionen

– Bundestagsdrucksache 21/1255 –

Am 28. Oktober 2010 ist das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen (sogenannter Rahmenbeschluss Geldsanktionen) in Kraft getreten (www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/OrdnungsgeldVollstreckung/GeldbussenGeldstrafenEU/GeldbussenGeldstrafenEU_node.html). Mit diesem Gesetz hat der deutsche Gesetzgeber seine Verpflichtung zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses in nationales Recht erfüllt. Ziel des Rahmenbeschlusses ist es, die grenzüberschreitende Anerkennung und Vollstreckung von Geldsanktionen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Dies betrifft sowohl in Deutschland verhängte Sanktionen als auch solche anderer Mitgliedstaaten. Damit sind Entscheidungen anderer EU-Staaten, mit denen einer in Deutschland ansässigen oder vermögensbetroffenen Person eine Geldbuße oder Geldstrafe auferlegt wurde – einschließlich Verfahrenskosten, Entschädigungen für Opfer und Auflagen zugunsten von Opferschutzorganisationen – grundsätzlich anzuerkennen und zu vollstrecken. Die gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung finden sich im Wesentlichen in den §§ 86 ff. des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Das Bundesamt für Justiz (BfJ) ist die zentrale deutsche Bewilligungsbehörde für eingehende und ausgehende Ersuchen. Bei eingehenden Ersuchen wird das BfJ von einem EU-Mitgliedstaat um Vollstreckungshilfe gebeten, bei ausgehenden Ersuchen leitet das BfJ auf Antrag einer deutschen Behörde die Unterlagen an das zuständige Organ eines anderen EU-Staates weiter.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. *Wie viele Ersuchen ausländischer Behörden um Vollstreckungshilfe gemäß dem Rahmenbeschluss Geldsanktionen sind beim BfJ seit dem Jahr 2020 jährlich eingegangen (bitte nach EU-Mitgliedstaaten und Jahresscheiben aufschlüsseln)?*

Eingehende Ersuchen waren wie folgt festzustellen (Stand: 19. August 2025):

	2020	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	6	1	1	1	2	3
Bulgarien	0	2	0	2	3	5
Dänemark	0	0	0	0	0	1
Estland	2	1	1	1	0	0
Finnland	0	0	0	0	0	0
Frankreich	3	0	1	2	3	0
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	5	6	3
Kroatien	18	14	7	17	23	0
Lettland	1	2	106	257	362	207
Litauen	1	0	2	2	4	4
Luxemburg	2	0	0	0	0	0
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	7247	6361	5891	7073	9749	8991
Österreich	3	10	18	11	7	6
Polen	26	43	41	32	45	22
Portugal	3	7	7	13	7	2
Rumänien	13	9	8	11	10	6
Schweden	3	5	2	1	5	5
Slowakei	0	0	0	0	0	0
Slowenien	52	90	111	91	112	95
Spanien	6	11	2	3	6	5
Tschechische Republik	2	5	2	2	5	0
Ungarn	3	4	3	3	4	1
Zypern	0	0	0	0	0	0

Im Jahr 2020 gingen darüber hinaus 31 Ersuchen aus dem Vereinigten Königreich ein.

2. *Wie hoch waren die Gesamtkosten, die aufgrund der Bearbeitung der in Frage 1 erfragten Ersuchen jährlich entstanden sind, und wer hatte diese zu tragen (bitte entsprechend Frage 1 aufschlüsseln)?*

Eingehende Ersuchen werden vom Bundesamt für Justiz (BfJ) als zentrale Bewilligungsbehörde bearbeitet. Die jährlichen Personalkosten (inklusive der Sacheinzel- und Gemeinkosten) des dort zuständigen Fachreferats belaufen sich auf rund 3 Millionen Euro. Nicht berücksichtigt sind dabei Fachbereiche, die in Teilbereichen des Verfahrens beteiligt werden (zum Beispiel Vollstreckung) oder Grundsatztätigkeiten übernehmen. Die Kosten der Bearbeitungen können nicht konkret nach den ersuchenden Ländern aufgeschlüsselt werden, da es innerhalb des Fachreferats keine diesbezügliche statistische Erfassung gibt. Um hierzu überhaupt Zahlen zu generieren, müssten nicht nur sämtliche Bearbeitungsvorgänge einzeln durchgegangen und ausgewertet, sondern auch jeweils komplexe Aufwandsberechnungen vorgenommen werden. Unter Zugrundelegung einer betroffenen Anzahl von mehr als 45 000 Ersuchen und ausgehend von einer Sichtungszeit von circa 5 Minuten pro Verfahren wäre für das Durchgehen der betreffenden Vorgänge selbst bei dieser sehr vorsichtigen Schätzung ein Arbeitsaufwand von mindestens 468 Personentagen anzusetzen, den das BfJ nicht zu leisten vermag. Unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vergleiche unter anderem Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes 124, 161, 197) ist der Aufwand zur Beantwortung der Anfrage – auch unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Fristverlängerung – unzumutbar.

Das BfJ gehört als Bundesoberbehörde zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), weshalb die Kosten aus dem Einzelplan 07 getragen werden.

3. Wie viele der in Frage 1 erfragten Ersuchen wurden vom BfJ jeweils bewilligt, abgelehnt oder befinden sich noch in Bearbeitung (bitte entsprechend Frage 1 aufschlüsseln)?

Die Anzahl der von BfJ erlassenen förmlichen Bewilligungsbescheide nach § 87f des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) bei den eingehenden Ersuchen wird statistisch nicht erfasst und kann auch nicht mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden. Hinsichtlich des hierfür anzusetzenden Aufwands wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen. Aus der bei BfJ geführten Statistik ersichtlich sind die dort eingegangenen Ersuchen sowie die jeweiligen Erledigungsgründe (Rücknahme, Ablehnung, Vollstreckung). Die Erledigungen schließen Sachverhalte ein, die sich mitunter erst im Laufe des Vollstreckungsverfahrens ergeben haben, also ggf. nach erfolgter Bewilligung. Daher kann aus der Zahl der eingehenden Ersuchen im Verhältnis zu der Zahl der erledigten Ersuchen nicht auf die Zahl der Bewilligungen geschlossen werden.

Die folgende Statistik weist aus, wie viele der in dem jeweils genannten Jahr eingegangenen Ersuchen im gleichen Jahr oder später abgelehnt wurden und wie viele Ersuchen offen sind.

Ablehnungen	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	2	0	0	0	0	0
Bulgarien	0	2	0	1	0	0
Dänemark	0	0	0	0	0	0
Estland	2	0	1	1	0	0
Finnland	0	0	0	0	0	0
Frankreich	3	0	0	2	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	1	2	1
Kroatien	7	7	3	6	21	0
Lettland	1	0	15	43	109	47
Litauen	1	0	1	0	3	0
Luxemburg	1	0	0	0	0	0
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	2332	2123	1514	1614	2400	1962
Österreich	3	8	15	6	5	0
Polen	8	26	21	12	10	3
Portugal	3	3	5	6	5	0
Rumänien	13	7	6	5	6	0
Schweden	1	2	0	0	2	0
Slowakei	0	0	0	0	0	0
Slowenien	17	26	31	28	16	18
Spanien	4	7	1	1	1	0
Tschechische Republik	2	3	0	0	0	0
Ungarn	1	2	2	2	2	0
Zypern	0	0	0	0	0	0

In Bearbeitung	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	1	0	1	1	2	3
Bulgarien	0	0	0	0	3	5
Dänemark	0	0	0	0	0	1
Estland	0	0	0	0	0	0

In Bearbeitung	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Finnland	0	0	0	0	0	0
Frankreich	0	0	1	0	3	0
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	3	3	2
Kroatien	3	2	1	5	2	0
Lettland	0	0	8	26	83	100
Litauen	0	0	0	1	1	4
Luxemburg	0	0	0	0	0	0
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	9	56	340	871	2420	4485
Österreich	0	1	1	3	2	6
Polen	4	3	12	12	32	19
Portugal	0	0	2	4	1	2
Rumänien	0	0	1	1	4	6
Schweden	1	1	0	1	3	4
Slowakei	0	0	0	0	0	0
Slowenien	10	10	20	15	35	54
Spanien	0	0	1	2	5	5
Tschechische Republik	0	0	0	1	4	0
Ungarn	0	0	1	1	2	1
Zypern	0	0	0	0	0	0

Im Jahr 2020 gingen darüber hinaus 20 Ersuchen aus dem Vereinigten Königreich ein, die abgelehnt wurden.

4. *Bei wie vielen der in Frage 3 erfragten bewilligten Ersuchen wurde anschließend die Vollstreckung in Deutschland erfolgreich durchgeführt (bitte entsprechend Frage 1 aufschlüsseln)?*

Die Anzahl der von BfJ erlassenen förmlichen Bewilligungsbescheide bei den eingehenden Ersuchen wird statistisch nicht erfasst. Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen. Die folgende Statistik schließt auch Verfahren ein, in deren Verlauf die betroffenen Personen die Geldsanktion auf freiwilliger Basis – gegebenenfalls schon nach Anhörung ohne Erlass eines Bewilligungsbescheids – ohne zwangsweise Durchsetzung gezahlt hat; sie schlüsseln sich wie folgt auf:

Vollstreckte Geldsanktionen	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	1	1	0	0	0	0
Bulgarien	0	0	0	1	0	0
Dänemark	0	0	0	0	0	0
Estland	0	1	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0	0
Frankreich	0	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	1	0
Kroatien	4	4	3	6	0	0
Lettland	0	1	81	180	159	60
Litauen	0	0	1	1	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0	0
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	4114	3501	3328	3889	4216	2244
Österreich	0	1	1	1	0	0
Polen	11	9	5	2	2	0
Portugal	0	1	0	1	0	0
Rumänien	0	2	0	1	0	0
Schweden	1	1	2	0	0	1
Slowakei	0	0	0	0	0	0
Slowenien	22	51	57	36	55	20
Spanien	2	1	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	1	1	1	1	0
Ungarn	1	2	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0	0

In Verfahren aus dem Jahr 2020 wurden darüber hinaus in sieben Fällen Geldsanktionen aus Ersuchen aus dem Vereinigten Königreich vollstreckt.

In der Gesamtschau der dargestellten Statistiken in den Antworten zu den Fragen 1, 3 und 4 wird darauf hingewiesen, dass alle übrigen Ersuchen seitens des Auslands zurückgenommen wurden (zum Beispiel wegen Eintritts der dortigen Vollstreckungsverjährung).

5. Wie hoch waren die jährlichen Einnahmen aus den in Frage 4 erfragten Vollstreckungen und wem kamen diese Einnahmen zugute (bitte entsprechend Frage 1 aufschlüsseln)?

Der Erlös aus der Vollstreckung fließt nach Artikel 13 des Rahmenbeschlusses Geldsanktionen grundsätzlich dem Vollstreckungsstaat zu. In Deutschland ist dies die Bundes- oder gegebenenfalls eine Landeskasse (siehe § 87n Absatz 5 Satz 1, 2 und 4 IRG). In den Jahren 2020 bis 2025 (Stand: 19. August 2025) kamen den Landeskassen 71.330,38 Euro zugute, der Bundeskasse 3.384.182,99 Euro.

Einnahmen in EUR	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	670,20	699,69	0,00	0,00	0,00	0,00
Bulgarien	0,00	0,00	0,00	5.385,83	0,00	0,00
Dänemark	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Estland	0,00	320,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finnland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Frankreich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Griechenland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Irland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Italien	0,00	0,00	0,00	0,00	358,48	0,00
Kroatien	2.256,78	8.333,26	40,03	1.428,42	0,00	0,00
Lettland	0,00	80,00	10.940,00	22.540,00	18.470,00	7.120,00
Litauen	0,00	0,00	301,28	753,20	0,00	0,00
Luxemburg	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Malta	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Niederlande	596.696,09	525.687,67	504.470,37	595.665,66	653.122,39	344.184,00
Österreich	0,00	5.772,00	6.500,00	1.100,00	0,00	0,00
Polen	15.533,91	10.769,85	5.131,26	646,00	2.981,79	0,00
Portugal	0,00	1.022,00	0,00	704,00	0,00	0,00

Einnahmen in EUR	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Rumänien	0,00	455,93	0,00	1.917,56	0,00	0,00
Schweden	635,50	825,12	242,29	0,00	0,00	623,97
Slowakei	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Slowenien	9.491,16	17.070,00	26.335,89	10.150,00	20.956,95	6.190,00
Spanien	1.260,00	348,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Tschechische Republik	0,00	1.164,46	587,29	3.453,07	680,57	0,00
Ungarn	77,66	748,21	0,00	0,00	0,00	0,00
Zypern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Dazu gab es in Verfahren aus dem Jahr 2020 Einnahmen in Höhe von 2.615,58 Euro aus Ersuchen aus dem Vereinigten Königreich.

6. *Wie viele Ersuchen um Vollstreckungshilfe gemäß dem Rahmenbeschluss Geldsanktionen hat das BfJ seit dem Jahr 2020 jährlich an die in einem anderen EU-Mitgliedstaat zuständige Stelle übersandt (bitte nach Zielstaaten und Jahresscheiben aufschlüsseln)?*

Ausgehende Ersuchen waren wie folgt festzustellen (Stand: 19. August 2025):

	2020	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	515	465	665	474	404	261
Bulgarien	357	547	604	480	462	320
Dänemark	102	193	99	113	174	756
Estland	5	21	25	7	9	11
Finnland	8	11	10	6	12	10
Frankreich	46	50	22	178	149	59
Griechenland	8	16	8	23	31	26
Irland	2	2	3	13	12	8
Italien	88	214	258	270	295	197
Kroatien	102	177	230	186	195	128
Lettland	28	56	75	65	49	47
Litauen	212	345	298	242	296	222
Luxemburg	243	191	372	372	354	178
Malta	0	2	3	2	4	1

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Niederlande	1.148	1.041	1.262	1.270	1.283	1.121
Österreich	31	40	39	39	24	35
Polen	3.902	6.462	5.249	4.494	5.124	3.688
Portugal	74	94	118	110	125	89
Rumänien	2.149	3.187	3.743	3.022	3.301	2.041
Schweden	57	82	78	99	118	434
Slowakei	42	59	34	67	58	57
Slowenien	48	34	74	70	53	50
Spanien	199	285	406	347	435	269
Tschechische Republik	66	81	70	84	74	80
Ungarn	254	299	366	295	267	223
Zypern	1	0	1	1	3	1

Dazu gab es im Jahr 2020 59 Ersuchen an das Vereinigte Königreich.

7. *Wie hoch waren die Gesamtkosten, die aufgrund der Bearbeitung der in Frage 6 erfragten Ersuchen jährlich entstanden sind, und wer hatte diese zu tragen (bitte entsprechend Frage 6 aufschlüsseln)?*

Bezugnehmend auf die grundsätzlichen Erläuterungen zu Frage 2 lassen sich die jährlichen Personalkosten (inklusive der Sacheinzel- und Gemeinkosten) im BfJ für das mit der Bearbeitung der ausgehenden Verfahren zuständige Fachreferat mit rund 5,6 Millionen Euro beziffern.

8. *Wie viele von den in Frage 6 erfragten Ersuchen wurden von der in einem anderen Mitgliedstaat zuständigen Stelle bewilligt, abgelehnt oder befinden sich noch in der Bearbeitung (bitte entsprechend Frage 6 aufschlüsseln).*

Die Anzahl der in den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten bewilligten Ersuchen wird statistisch nicht erfasst. Es gehen zwar regelmäßig Mitteilungen über die Anerkennung der Geldsanktion aus dem Ausland ein. Diese werden aber statistisch nicht erfasst, weil diese für das Verfahren – im Gegensatz zu den Erledigungsgründen wie Ablehnung, Rücknahme oder Zahlung – nicht relevant sind. Eine Nacherfassung kann mit Blick auf die rund 70 000 betroffenen Ersuchen bei einer geschätzten Sichtungszeit von circa 5 Minuten pro Verfahren und daraus resultierend einem geschätzten Aufwand von circa 729 Personentagen wegen des unzumutbaren Aufwands nicht

erfolgen. Entsprechend der Antwort auf Frage 3 weist die Statistik aus, wie viele Ersuchen aus dem jeweiligen Jahr abgelehnt wurden und wie viele der Verfahren noch offen sind.

Ablehnungen	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	3	0	2	15	5	0
Bulgarien	19	30	22	15	11	6
Dänemark	5	9	11	3	1	7
Estland	0	3	3	1	1	0
Finnland	0	1	0	1	2	0
Frankreich	2	1	0	2	3	1
Griechenland	0	1	1	1	2	0
Irland	1	0	0	0	0	0
Italien	9	23	19	25	7	2
Kroatien	13	26	28	21	11	3
Lettland	24	9	13	9	7	5
Litauen	21	53	51	44	58	11
Luxemburg	26	26	28	16	10	4
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	130	171	152	174	143	34
Österreich	6	8	5	9	1	0
Polen	464	1.025	866	649	371	32
Portugal	6	13	16	12	8	0
Rumänien	29	72	73	52	37	5
Schweden	2	1	1	3	0	1
Slowakei	10	8	1	3	2	0
Slowenien	14	8	17	12	0	0
Spanien	36	56	70	61	40	3
Tschechische Republik	24	21	11	15	5	0
Ungarn	42	60	58	49	11	6
Zypern	0	0	0	0	1	0

In Bearbeitung	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	9	31	303	365	307	258
Bulgarien	14	48	161	306	352	294
Dänemark	11	29	12	53	122	746
Estland	0	3	4	2	7	11

In Bearbeitung	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Finnland	0	0	1	1	9	10
Frankreich	1	3	1	136	140	58
Griechenland	4	5	3	14	29	26
Irland	0	0	1	11	11	8
Italien	4	36	64	130	224	193
Kroatien	5	23	81	110	160	125
Lettland	1	2	6	25	33	42
Litauen	3	10	27	69	108	196
Luxemburg	2	5	29	79	132	173
Malta	0	0	2	2	3	1
Niederlande	6	11	41	149	430	893
Österreich	0	4	11	13	20	32
Polen	37	94	415	1.069	2.918	3.534
Portugal	2	5	17	45	91	85
Rumänien	67	276	1.035	1.471	2.274	1.931
Schweden	0	3	6	33	116	432
Slowakei	6	20	13	49	52	57
Slowenien	0	1	7	36	48	50
Spanien	4	16	125	173	339	256
Tschechische Republik	2	10	20	38	59	79
Ungarn	4	11	59	98	168	209
Zypern	0	0	1	1	2	1

9. Bei wie vielen von den in Frage 8 erfragten bewilligten Ersuchen konnte anschließend eine erfolgreiche Vollstreckung durchgeführt werden (bitte entsprechend Frage 6 aufschlüsseln)?

Vollstreckte Geldsanktionen	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	1	3	5	74	85	3
Bulgarien	134	173	212	90	70	12
Dänemark	66	109	44	46	39	0
Estland	2	7	9	4	0	0
Finnland	7	6	6	1	1	0
Frankreich	6	7	3	6	1	0

Vollstreckte Geldsanktionen	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Griechenland	2	5	2	5	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	17	41	62	64	34	1
Kroatien	43	81	84	45	22	0
Lettland	2	36	38	23	8	0
Litauen	152	231	169	104	99	12
Luxemburg	172	139	297	268	205	0
Malta	0	0	1	0	1	0
Niederlande	833	698	907	857	664	191
Österreich	8	18	10	7	0	0
Polen	2.520	4.109	3.185	2.355	1.627	102
Portugal	43	68	63	46	21	4
Rumänien	1.042	1.607	1.598	868	608	65
Schweden	41	65	57	61	1	0
Slowakei	11	17	5	9	2	0
Slowenien	20	20	38	18	3	0
Spanien	62	93	125	90	51	10
Tschechische Republik	14	18	13	14	1	0
Ungarn	153	168	189	128	77	8
Zypern	0	0	0	0	0	0

In Verfahren aus dem Jahr 2020 wurden darüber hinaus 22 Ersuchen im Vereinigten Königreich vollstreckt.

Auch diese Zahlen beinhalten, wie in Frage 4, freiwillige Zahlungen ohne zwangsweise Durchsetzung.

In der Gesamtschau der dargestellten Statistiken in den Antworten zu den Fragen 6, 8 und 9 wird darauf hingewiesen, dass alle übrigen ins Ausland übersandten Ersuchen zurückgenommen wurden (zum Beispiel wegen Eintritts der deutschen Vollstreckungsverjährung).

10. *Wie hoch waren die jährlichen Einnahmen aus den in Frage 9 erfragten erfolgreichen Vollstreckungen, und wem kamen diese Einnahmen zugute (bitte entsprechend Frage 6 aufschlüsseln)?*

Der Erlös aus der Vollstreckung fließt nach Artikel 13 des Rahmenbeschlusses Geldsanktionen dem jeweiligen Vollstreckungsstaat zu.

Einnahmen in EUR	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Belgien	98,50	271,50	1.449,00	14.693,00	16.721,68	495,50
Bulgarien	19.681,39	33.762,25	40.662,32	18.942,40	17.403,55	3.776,65
Dänemark	11.593,86	17.703,12	11.418,25	47.743,51	7.820,50	0,00
Estland	288,10	1.288,90	1.169,50	3.613,50	0,00	0,00
Finnland	4.608,50	1.707,68	681,00	228,50	128,50	0,00
Frankreich	841,00	1.003,80	395,50	1.609,00	178,50	0,00
Griechenland	347,00	1.562,00	1.263,11	2.061,39	0,00	0,00
Irland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Italien	3.856,51	9.892,37	23.065,31	17.465,30	16.202,15	128,50
Kroatien	6.636,26	14.995,93	17.024,67	8.015,69	3.803,80	0,00
Lettland	1.182,79	8.873,95	6.837,87	3.567,10	1.263,00	0,00
Litauen	24.622,95	39.239,28	34.110,06	33.570,05	17.761,10	2.784,61
Luxemburg	54.719,29	30.647,86	71.803,97	58.097,34	50.299,74	0,00
Malta	0,00	0,00	178,50	0,00	98,50	0,00
Niederlande	171.115,51	158.307,45	226.191,77	228.930,02	145.773,05	36.465,80
Österreich	61.588,16	21.811,05	8.860,50	8.507,00	0,00	0,00
Polen	479.594,15	767.632,41	647.959,51	466.838,80	298.582,52	15.945,46
Portugal	14.022,70	14.694,10	17.067,07	12.526,00	3.440,70	679,00
Rumänien	189.948,97	276.617,87	323.394,03	179.688,98	125.768,67	11.611,15
Schweden	8.640,05	15.963,00	12.505,46	14.045,80	128,50	0,00
Slowakei	4.736,41	3.439,50	662,50	1.200,30	197,00	0,00
Slowenien	11.031,04	8.215,06	5.248,70	2.599,50	285,50	0,00
Spanien	10.145,73	23.272,95	22.273,50	18.095,21	7.633,90	1.732,60
Tschechische Republik	7.693,19	4.443,28	2.107,60	2.270,50	108,50	0,00
Ungarn	27.513,04	35.061,34	32.343,24	23.398,04	11.772,26	981,30
Zypern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

In Verfahren aus dem Jahr 2020 wurden darüber hinaus Ersuchen im Gesamtwert von 4.107,54 Euro im Vereinigten Königreich vollstreckt.